



Deutscher Akademischer Austauschdienst  
German Academic Exchange Service



# Mehr Verantwortung wagen in einer global vernetzten Welt

Zehn Positionen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes  
(DAAD) zur Außenwissenschaftspolitik in den 2020er Jahren

**Oktober 2021**



# Die Bedeutung einer globalen Verantwortungsgemeinschaft

2

Im gerade beendeten Bundestagswahlkampf 2021 ist zu Recht hervorgehoben worden, dass in der kommenden Legislaturperiode die letzte Möglichkeit bestehen dürfte, durch politische Entscheidungen einen substanziellen Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens leisten zu können. Gleichzeitig ist klar, dass der Kampf gegen den **menschengemachten Klimawandel** nicht auf nationaler Ebene allein erfolgen kann, die Bundesrepublik Deutschland ist „nur“ für knapp zwei Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit verantwortlich. Angesichts der Dimension der Herausforderung bedarf es daher zwingend einer europäisch und weltweit abgestimmten Klimapolitik. Erfolgversprechende Lösungen für eine klimaneutrale Welt können nur in einer globalen Verantwortungsgemeinschaft erarbeitet werden.

Auch jenseits der klimapolitischen Herausforderungen gilt, dass wir im **Zeitalter des Anthropozäns** angekommen sind. Der Mensch und sein Verhalten ist nicht nur zum wichtigsten Einflussfaktor für atmosphärische Prozesse, sondern auch für biologische und geologische Prozesse auf der Erde geworden. Die durch die intensive Landwirtschaft verursachte Reduktion der Artenvielfalt und die Degradation von Böden, die durch Kunststoffabfälle verursachte enorme Umweltverschmutzung, die durch Atomtests und Nuklearkatastrophen verursachte Zerstörung von Lebensräumen für viele Jahrtausende – dies sind nur einige Beispiele für die Bedeutung des Faktors Mensch für die Entwicklung unseres Planeten. Auch hier gilt: Eine spürbare Reduktion der desaströsen Effekte des menschlichen Verhaltens und Wirtschaftens wird nur durch ein Zusammenwirken möglichst aller Staaten als globale Verantwortungsgemeinschaft gelingen.

Die **Corona-Pandemie** hat zudem gezeigt, dass globale Herausforderungen im Anthropozän nur auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse angegangen werden können. Die Pandemiebekämpfung ist dort am besten gelungen, wo die entsprechenden Maßnahmen wissenschaftlich begründet werden konnten. Die Impfstoffentwicklung konnte in global agierenden Allianzen von Wissenschaft und Wirtschaft – massiv unterstützt durch die Politik – in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit gelingen. Gleichzeitig wissen wir, dass bereits jetzt große Unterschiede in der Impfstoffverfügbarkeit zwischen den Kontinenten bestehen. Eine Pandemie kann jedoch in unserer mobilen und vernetzten Welt nur dann überwunden werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger der Staaten dieser Welt einen gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen erlangen. Auch dies ist Aufgabe und Verpflichtung einer globalen Verantwortungsgemeinschaft.

Aufgabe und Anspruch der deutschen Außenpolitik muss es daher sein, durch **planetares Denken und Zusammenwirken mit anderen** die globale Verantwortungsgemeinschaft zu gestalten. Das Handlungsfeld der Außenwissenschaftspolitik – die Domäne des wissenschaftlichen Austausches und der internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Lehre – spielt in diesem Kontext eine herausragende Rolle.

# Außenwissenschaftspolitik in einer globalen Verantwortungsgemeinschaft

4

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits seit 1975 Auswärtige Kulturpolitik als eine von drei Säulen ihrer Außenpolitik definiert und später zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang haben Aspekte der Wissenschaftskooperation zunehmend eine strategische Bedeutung für die Außenpolitik Deutschlands erlangt. Durch die globalen Herausforderungen unserer Zeit spielt die internationale Vernetzung der deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Teil der **Außenwissenschaftspolitik eine konstitutive Rolle in der deutschen Außenpolitik.**

Deutschland verfügt heute mit seinen umfassenden Aktivitäten in der Förderung und im Austausch von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, in der Förderung wissenschaftlicher Kooperationen zwischen deutschen und ausländischen Institutionen und in der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Globalen Süden über einen exzellenten Ruf als ehrlicher Makler, als partnerschaftlich agierender Akteur und als ein geschätztes Mitglied einer globalen Verantwortungsgemeinschaft. Deutschland muss daher den damit verbundenen Erwartungen entsprechen.

Der DAAD ist der festen Überzeugung, dass es angesichts der existenziellen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, und der Zunahme der Weltbevölkerung auf etwa zehn Milliarden Menschen bis zum Jahr 2100 zwingend nötig ist, enge und partnerschaftliche Beziehungen zu möglichst allen Staaten dieser Welt zu pflegen und auszubauen. Interkulturelle Begegnungen, wissenschaftlicher Austausch sowie die gemeinsame Arbeit in transnationalen Bildungsprojekten können hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Die deutsche Außenwissenschaftspolitik darf daher nicht leichtfertig von „roten Linien“ gegenüber anderen Staaten ausgehen. Die deutsche Wissenschaft muss bereit sein, auch mit Ländern mit anderen Rechtssystemen und Werteordnungen zusammenzuarbeiten, soweit dies vertretbar und verantwortbar ist. Dabei gilt es, auch gegenüber herausfordernden Partnern unsere eigenen Interessen einzubringen und für unsere Werte einzustehen. **Solche Austausch- und Aushandlungsprozesse** können schwierig sein, sie sind aber zwingend erforderlich, denn in der Welt des Anthropozäns können Lösungen für die globalen Herausforderungen nur erarbeitet werden, wenn sich die Staaten nicht voneinander abschotten.

„Wandel durch Austausch“ – das Motto des DAAD bringt es dabei auf den Punkt: Wenn wir den notwendigen Wandel im menschlichen Verhalten und Wirtschaften global erfolgreich gestalten wollen, wird dies nur im beständigen interkulturellen und internationalen Austausch der Menschen weltweit möglich sein. Diesen Austausch in der Sphäre der Wissenschaft zum Wohle unserer gemeinsamen Entwicklung auf der Erde zu organisieren, ist die primäre Aufgabe der Außenwissenschaftspolitik in den 2020er Jahren. Diese Außenwissenschaftspolitik muss dabei eine Politik für die Realität einer Welt mit knapp 200 Staaten mit sehr unterschiedlichen kulturellen Identitäten, Rechtsordnungen und Wertvorstellungen sein. Der DAAD plädiert vor diesem Hintergrund nachdrücklich für eine **Außenwissenschafts-Realpolitik**.

Eine solche Außenwissenschafts-Realpolitik wird oftmals in einem Spannungsfeld zwischen unserer eigenen Werteordnung, darunter auch unseren Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaftsfreiheit, und abweichenden Wertesystemen in Partnerländern stattfinden. Eine wesentliche Strategie für die Umsetzung einer Außenwissenschafts-Realpolitik ist der Ansatz der **Science Diplomacy**, wie sie vom Deutschen Bundestag beschlossen und von der Bundesregierung bereits in den vergangenen Jahren konzeptionell und operativ vorangetrieben wurde. Auf dieser Grundlage formuliert der DAAD zehn Positionen zu einer Außenwissenschafts-Realpolitik in den 2020er Jahren.

# Zehn Positionen zu einer Außenwissenschafts-Realpolitik in den 2020er Jahren

6

- 1** Die Austauschbeziehungen zu unseren Partnern, die auf dem gleichen Wertefundament agieren und insbesondere unsere Vorstellungen von Wissenschaftsfreiheit teilen, müssen in besonderer Weise gepflegt und ausgebaut werden. Hierzu zählen unsere **Partner in Europa und Nordamerika sowie darüber hinaus alle freiheitlich-demokratischen Staaten weltweit**. In Europa gilt es zum Beispiel die Chancen der „Europäischen Universitäten“ zu nutzen und den Erasmus-Austausch zu intensivieren. Hierdurch kann die Bildung einer europäischen Identität befördert und damit auch die Stellung Europas in einem weltweiten Wettbewerb um die besten Talente und Ideen gestärkt werden.
- 2** Innerhalb der oben beschriebenen Länder des „freien Westens“ müssen wir in schwierigen politischen Phasen einzelner Partnerländer (beispielsweise die USA unter Präsident Trump, aktuell Polen und Ungarn innerhalb der EU) auf die **Autonomie der wissenschaftlichen Einrichtungen** in der internationalen Kooperation und auf eine Fortführung des Austausches von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern setzen. Die Arbeitshypothese für die Gestaltung der außenwissenschafts-politischen Beziehungen sollte – auch mit Blick auf das Förderhandeln der Mittlerorganisationen – sein, dass es sich bei diesen schwierigen Phasen um vorübergehende Phänomene handelt, die in demokratisch verfassten Staaten auch wieder geheilt werden können.
- 3** Wir beobachten weltweit in einer zunehmenden Zahl von Ländern **autoritäre Tendenzen**, die zum Teil durch mehr oder weniger freie Wahlen legitimiert werden. Die Russische Föderation und die Türkei sind aufgrund ihrer Größe, Lage und Geschichte zwei Beispiele für ausgesprochen wichtige Partnerländer Deutschlands, die sich politisch eher weg von gemeinsamen Positionen und Werten entwickeln. Es ist die anspruchsvolle Aufgabe einer Außenwissenschafts-Realpolitik sowohl im direkten Austausch für unsere Grundsätze und Wertvorstellungen einzustehen als auch die wissenschaftlichen Austauschbeziehungen aufrecht zu erhalten sowie die Gesprächskanäle mit unseren Partnerorganisationen und den politischen Instanzen offen zu halten. Dabei kann es durchaus notwendig sein, zweigleisig zu verfahren: einerseits

die Austauschbeziehungen zu einem Staat aufrechtzuerhalten und transnationale Bildungsprojekte gemeinsam fortzuführen, andererseits bedrohten oder verfolgten Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem gleichen Staat Hilfe und Unterstützung anzubieten.

4

Die außenwissenschaftspolitische Beziehung zur **Volksrepublik China** ist eine besondere. Die 2020er Jahre werden geprägt sein von einer immer stärker werdenden Systemrivalität zwischen den USA (und dem freien Westen als Ganzes) und der Volksrepublik. Der weltpolitische Anspruch Chinas, bis zur Mitte des Jahrhunderts in allen Politikfeldern, darunter auch im technologischen Bereich und in der Wissenschaft, eine Führungsrolle oder gar Vormachtstellung erreicht zu haben, kann von uns nicht ignoriert werden. Es gilt daher, die deutsche Außenwissenschafts-Realpolitik gegenüber China so zu gestalten, dass auch im eigenen nationalen Interesse die Chancen des partnerschaftlichen Austausches mit den chinesischen Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie mit den chinesischen Wissenschaftseinrichtungen genutzt werden, ohne dass wir zum Beispiel mit Blick auf ungewollten Technologieabfluss und politischer Einflussnahme in China zu große Risiken eingehen. Zudem sollte die materielle Abhängigkeit von China minimiert werden, beispielsweise mit Blick auf die Finanzierung von Projekten und Institutionen in Deutschland wie den Konfuzius-Instituten. Es bedarf insgesamt eines massiven Aufbaus von China-Kompetenz mit eigenen Programmen in Deutschland.

5

Eine Außenwissenschafts-Realpolitik Deutschlands wird sich mit Blick auf Partnerländer im Globalen Süden stärker darauf fokussieren und daran messen lassen müssen, langfristige und strukturbildende Effekte in der Entwicklung der dortigen Wissenschaftssysteme zu erzielen und dabei den Wert der Wissenschaftsfreiheit zu verdeutlichen. Deutschland – und der

Westen insgesamt – werden nicht umhinkommen, **Partnerländern des Globalen Südens in Afrika, Asien und Lateinamerika** in konkreten Projekten und Programmen nachzuweisen, dass die Zusammenarbeit mit uns erfolgversprechender ist als zum Beispiel diejenige mit China. Dies wird umso besser gelingen, wenn etwa innerhalb der Europäischen Union eine stärkere Abstimmung zum außenwissenschaftspolitischen Engagement in den einzelnen Partnerländern erfolgt.

6

Die erneute Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan hat gezeigt, dass es Konstellationen geben kann, in denen die außenwissenschaftspolitischen Beziehungen mit einem Staat auf der institutionellen Ebene nicht mehr weitergeführt werden können. Ähnliches gilt auch für andere „**fragile Kontexte**“ wie Bürgerkriegsszenarien, wie in Syrien, oder andere *failed states*, wie in Somalia. Für solche Situationen müssen wir für die Menschen vor Ort und ihre Bildungsperspektiven, aber auch mit Blick auf die Steuerung von unvermeidlichen Flüchtlingsbewegungen Strategien entwickeln, die in wirksame Programme umzusetzen sind. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf dem Schutz von bedrohten und verfolgten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden liegen.

7

In den 2020er Jahren werden Konflikte und begrenzte militärische Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Staaten, nicht zuletzt um knapper werdende natürliche Ressourcen, weltweit erwartbar zunehmen. Zudem werden innerhalb einzelner Staaten die Rahmenbedingungen für Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit enger werden. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für die internationale Zusammenarbeit weiter zu. Vor diesem Hintergrund ist eine **Science-Diplomacy-Strategie** für die deutsche Außenwissenschafts-Realpolitik konsequent und richtig. Darin ist sowohl die außenpolitische Funktion und Rolle der internationalen Austauschbeziehungen als auch

die notwendige außenpolitische Begleitung und Unterstützung der weltweiten wissenschaftlichen Kooperationsbeziehungen der deutschen Wissenschaftseinrichtungen zu berücksichtigen.

8

**Die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen** sind die wichtigsten Institutionen, die den internationalen Austausch von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern organisieren und internationale Projekte gestalten. Sie sind daher wesentliche Akteure in einer deutschen Außenwissenschafts-Realpolitik. In einer Welt, die einerseits außenpolitisch komplexer und unübersichtlicher wird, in der andererseits die außenwissenschaftspolitischen Beziehungen an Bedeutung zunehmen, müssen die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen umfassender als bisher bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Internationalisierungsstrategien begleitet und beraten werden. Hierzu können Einrichtungen wie das vom Wissenschaftsrat empfohlene und vom DAAD eingerichtete „Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen (KIWi)“ einen substanziellen Beitrag leisten.

9

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen ist der Ort, an dem die wichtigsten deutschen Wissenschaftsorganisationen im Rahmen ihrer jeweiligen Kernmissionen ihren Beitrag zu einer erfolgreichen Außenwissenschaftspolitik selbständig und eigenverantwortlich koordinieren. Den **Forschungs- und Mobilitätsförderorganisationen** kommt dabei eine besondere Rolle zu; der DAAD bringt hier auch die Kompetenzen und die Expertise aus seinem weltweiten Netzwerk ein. Der Austausch zwischen der Politik und der Allianz sollte daher fortgeführt und, wo nötig, vertieft werden.

10

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung sollten in der 20. Legislaturperiode – wie in den vergangenen Legislaturperioden – die **Handlungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft in der Außenwissenschaftspolitik** materiell weiter stärken. Die Tatsache, dass Deutschland heute das viertbegehrteste Land für internationale Studierende weltweit ist, dass das deutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem enorm an Attraktivität gewonnen hat und dass Deutschland heute als ein weltoffenes, liberales und zu seiner globalen Verantwortung stehendes Land gesehen wird, bietet exzellente Voraussetzungen, um sich mit Blick auf eine Außenwissenschafts-Realpolitik noch stärker zu positionieren. Gerade bei den anstehenden Herausforderungen bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem damit verbundenen umfassenden Umbau unserer Schlüsseltechnologien und -industrien kann eine kluge außenwissenschaftspolitische Vernetzung dazu beitragen, unsere Erfahrungen in gemeinsame Kooperationen einzubringen und andere Staaten auf diese Weise noch stärker zu einem eigenen Beitrag zur Lösung der weltweiten Probleme in einer globalen Verantwortungsgemeinschaft zu bewegen.





# Impressum

## Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst  
German Academic Exchange Service  
Kennedyallee 50, D – 53175 Bonn  
[www.daad.de](http://www.daad.de)

## Ansprechpartner

Dr. Michael Harms  
Direktor der Abteilung Kommunikation  
[harms@daad.de](mailto:harms@daad.de)

Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht  
Oktober 2021  
© DAAD – Alle Rechte vorbehalten